

Telegramme

Handwerk 2025: Neuer Projektflyer für Betriebe

Zum Strategieprojekt „Dialog und Perspektive Handwerk 2025“ gibt es einen neuen Flyer: Das Dokument gibt Handwerksbetrieben einen Überblick über alle derzeit nutzbaren Maßnahmen aus den Themenblöcken Personal, Digitales und Strategie. Der Flyer steht zum Download bereit unter: www.handwerk2025.de

Konjunktur im 1. Quartal 2019: Guter Start ins neue Jahr

Die 133.000 Handwerksbetriebe im Land waren im ersten Quartal 2019 besserer Stimmung als vor einem Jahr. 66 Prozent bewerteten die Geschäftslage im abgelaufenen Quartal als gut, nur acht Prozent als schlecht, wie die vierteljährliche Konjunkturumfrage des Baden-Württembergischen Handwerkstages (BWHT) ergab. Vor einem Jahr gaben noch 63 Prozent die Note „gut“, aber 12 Prozent „schlecht“. Am zufriedensten waren die Betriebe aus dem Ausbaugewerbe mit 78 Prozent, etwas dahinter das Bauhauptgewerbe (71 Prozent). Etwas abgeschlagen, aber immer noch mit mehrheitlicher Gut-Bewertung das Gesundheitsgewerbe (57 Prozent), das Nahrungsmittelgewerbe (55 Prozent), die persönlichen Dienstleister (53 Prozent) und das Kfz-Gewerbe (50 Prozent). Allerdings hat diese Handwerksgruppe ihre Einschätzungen im Vergleich zum Vorjahresquartal am stärksten verbessert.

www.bwht.de/konjunkturberichte

Handwerkstag fordert Kontinuität in der Strukturpolitik

2021 beginnt eine neue Förderperiode der EU-Strukturpolitik – die Diskussion über die Ausgestaltung im Land Baden-Württemberg ist angelaufen. Der BWHT hat ein Positionspapier zum Thema verabschiedet, in dem er die Beibehaltung etablierter Programme sowie einen nahtlosen Übergang in die neue Förderperiode fordert. Das Papier gibt es zum Download unter:

www.bwht.de/positionspapiere

Arbeitsmarktzahlen: Handwerk arbeitet an Frauenquote

Der Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg hat sich im März 2019 erneut positiv entwickelt. Allerdings liegt die Erwerbsbeteiligung von Frauen mit 49,3 Prozent immer noch deutlich unter der der Männer (58 Prozent). Das Projekt „Frauen im Handwerk“ zielt darauf ab, die stagnierende Quote im gewerblich-technischen Handwerk zu verbessern. Es läuft zunächst bis Dezember 2019. Details unter:

www.bwht.de/frauen-im-handwerk

Energiewende und Klimaschutz: Mittelstandsinitiative verlängert

Das Bundeswirtschaftsministerium verlängert die Mittelstandsinitiative Energiewende und Klimaschutz (MIE) bis Ende 2021 und stockt die Mittel auf 2,4 Millionen Euro auf. In der neuen Förderperiode soll der Roll-out bereits erarbeiteter Praxisinstrumente wie des Leitfadens Energieeffizienz im Handwerk fortgesetzt und angepasst werden.

www.bwht.de/effizienzleitfaden

Technologietag Hybrider Leichtbau blickt auf die Digitalisierung

Am 20. und 21. Mai findet in Leinfelden-Echterdingen der 6. Technologietag Hybrider Leichtbau statt. Die Vorträge und Branchenforen der von einer Fachausstellung begleiteten Veranstaltung stehen ganz im Zeichen der Digitalisierung.

www.leichtbau-technologietag.de

Denkmalpflege: Handwerkspreis für Baden-Württemberg

Alle acht Jahre wird in Baden-Württemberg der Bundespreis für Handwerk in der Denkmalpflege vergeben. 2019 ist es wieder so weit: Private Denkmaleigentümer sowie ausführende Betriebe können sich bis 2. Juni bewerben oder vorschlagen lassen.

www.bwht.de/denkmalpflegepreis

Persönliches

Anlässlich der Feierlichkeiten zu seinem 60. Geburtstag wurde der Präsident der Handwerkskammer Heilbronn-Franken, **Ulrich Bopp**, mit der Staufermedaille des Landes Baden-Württemberg ausgezeichnet. Der stellvertretende Ministerpräsident und Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration, Thomas Strobl, würdigte seine besonderen langjährigen Verdienste um das Handwerk und seine ehrenamtliche Arbeit in zahlreichen Gremien.

Impressum

Verantwortlich: Oskar Vogel
Redaktion: Marion Buchheit
Heilbronner Straße 43
70191 Stuttgart
Tel. 0711/263709-105
E-Mail: mbuchheit@handwerk-bw.de



Treffen mit Europa- und Justizminister Guido Wolf in der baden-württembergischen Landesvertretung.

Fotos: BWHT

Europa und das Handwerk gehören zusammen

... auch wenn's manchmal anstrengend ist – Handwerkstag zu Gesprächen in Brüssel

Anfang April führten die Mitglieder des Beirats und des Landesausausschusses Europa des Baden-Württembergischen Handwerkstages (BWHT) in Brüssel Gespräche zu aktuellen politischen Themen. Vor allem der Umgang mit Daten – ob im Zusammenhang mit der DSGVO oder dem Zugriff auf maschinengenerierte Daten – stand im Fokus. Über allem aber schwebte das Dauerthema Brexit.

Werbung für Europa

Bei der zentralen Abendveranstaltung in der baden-württembergischen Landesvertretung in Brüssel hielt der Europaminister des Landes, Guido Wolf, ein leidenschaftliches Plädoyer für Europa und warb für eine starke Beteiligung des Handwerks an der kommenden Europawahl am 26. Mai. Wolf signalisierte, auch künftig das Handwerk in der Erreichung seiner europapolitischen Ziele zu unterstützen.

Datenzugang sicherstellen

Bei der anschließenden Podiumsdiskussion unter dem Motto „Europa und das Handwerk – Fremde Freunde?“ gab es durchaus unterschiedliche Ansichten, wie diese Ziele ausgestaltet sein sollten. BWHT-Präsident

Rainer Reichhold stellte klar, dass auch in Zukunft nicht am Meisterbrief gerüttelt werden dürfe – egal, wie EU-Kommission und -Parlament nach dem 26. Mai aussähen.

In der Vergangenheit hatte es nämlich durchaus Versuche gegeben, die hohen Standards des deutschen Handwerks abzusenken. Auch beim künftigen Umgang mit Daten, die von Autos und Maschinen generiert werden, müsse die EU dafür sorgen, dass der Zugang für Handwerk und Verbraucher sichergestellt werde. Sonst bestünde die Gefahr, dass diese Daten und damit Umfragen an Informationen Richtung Silicon Valley fließen – und Europa außen vor bleibt.

Kompromisse als Lösung

Dieser Meinung schlossen sich auch EU-Parlamentarier Andreas Schwab (CDU) und Wirtschaftsanalyst Oliver Dreute vom Think Tank der EU-Kommission an. Beide warben für mehr Realismus und den Weg des Kompromisses. Nur wenn die EU-Mitglieder, aber auch die Interessenvertreter nicht auf ihren eigenen Maximalforderungen beharren, könne man einen für alle gangbaren Mittelweg finden. Das gelte für die unterschiedlichsten europapolitischen Themen, auch für die beim Hand-

werk ungeliebte Datenschutzgrundverordnung.

Mehr Vor- als Nachteile

Die Schlussbotschaft von Landeshandwerkspräsident Reichhold konnten alle uneingeschränkt teilen. Nur, wenn man gemeinsam aufzeige, wie gut es allen mit Europa gehe und seine Vorteile, die für viele längst selbstverständlich geworden sind, mehr erkläre und betone, könne die Europäische Union auch in Zukunft das sein, was sie heute ist – ein wirkliches Erfolgsmodell.

Brexit blockiert EU-Arbeit

Einen spannenden, wenn auch ernüchternden Einblick gab am Folgetag Patrick Schäfer – von der Ständigen Vertretung Deutschlands in der EU – in die nach wie vor andauernden Verhandlungen zum EU-Austritt von Großbritannien – der zum Zeitpunkt des Handwerksbesuchs schon hätte vollzogen sein sollen. Für dieses Chaos hatten auch die anderen Gesprächspartner, die die Handwerksvertreter im Rahmen der Reisetrafen, kaum noch Verständnis.

Entsenderichtlinie unpraktikabel

Neben dem Brexit und seinen Folgen stand beim Treffen mit den Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, Evelyne Gebhardt und Rainer Wieland, die Entsenderichtlinie im Mittelpunkt, die häufig eher für eine Beschränkung der Dienstleistungsfreiheit sorgt, statt sie zu gewährleisten. Die beiden Parlamentarier nahmen die Kritik des BWHT-Beirats auf und sagten zu, sich im Sinne des Handwerks einzusetzen. Großes Interesse zeigten Gebhardt und Wieland auch am gerade verabschiedeten BWHT-Positionspapier zur Plattform- und Datenökonomie. Hier sei es besonders wichtig, dass Europa mit einer Stimme spreche. **mb**



Auch Gespräche im Europaparlament standen auf dem Programm. Auf dem Podium diskutierte Landeshandwerkspräsident Reichhold mit dem Europaabgeordneten Dr. Andreas Schwab und Oliver Dreute vom Think Tank der EU-Kommission über das richtige Maß an Regulierung (v.r.n.l.).

Ohne genug Strom geht es nicht

Elektromobilität: Handwerkstag fordert mehr Tempo in Sachen Ladeinfrastruktur

Der Baden-Württembergische Handwerkstag (BWHT) hat ein Positionspapier zur Elektromobilität verabschiedet. Zentrale Forderungen sind die Festschreibung der Leitungsladeinfrastruktur für Neubauten in der Landesbauordnung, die zügige Erüchtigung der Infrastrukturkomponenten bei bestehenden Gebäuden, höhere Investitionen in die Infrastruktur sowie die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips im Wohneigentumsgesetz des Bundes.

„Wir sehen in der Elektromobilität eine zentrale Technologie, um besonders in Großstädten CO₂- und NOx-Emissionen und Lärmprobleme zu reduzieren. Damit Elektromobilität alltagstauglich werden und nachhaltig genutzt werden kann, müssen zunächst die Voraussetzungen stimmen. Denn aktuell ist die fehlende Infrastruktur einer der größten

Hemmschuhe – vom Versorgungsnetz über die Ladeeinrichtungen bis hin zu fehlenden Voraussetzungen in Gebäuden“, erläutert Landeshandwerkspräsident Rainer Reichhold die Notwendigkeit der Forderungen.

So sei es für das Handwerk als zentralem Akteur beim Ausbau der Elektromobilität nicht nachvollziehbar, dass in der Novelle der Landesbauordnung Anforderungen zum Errichten der Ladeinfrastruktur fehlen. Reichhold: „Die Politik setzt auf Elektromobilität. Dann sollte sie dafür notwendige Ausbaumaßnahmen auch effizient, frühzeitig und kostenbewusst fördern. Durch eine verbindliche Basisinfrastruktur könnte vermieden werden, dass spätere Umsetzungen aufwändiger und kostenintensiver ausfallen, weil beispielsweise Leerrohre für Leitungen fehlen.“

Hinzu komme, dass die EU-Gebäuderichtlinie vom 30. Mai 2018 bereits verpflichtende Vorgaben zum Ausbau der Leitungsladeinfrastruktur sowohl für Nichtwohngebäude als auch für Wohngebäude enthält. Umsetzungsfrist für die Mitgliedsstaaten ist der 10. März nächsten Jahres.

Auch das Einstimmigkeitsprinzip im Wohneigentumsgesetz des Bundes sei eine große Hürde und kontraproduktiv für den angestrebten Ausbau der Elektromobilität. „Wollen wir bei der Ladeinfrastruktur im Gebäudebestand vorwärts kommen, muss es durch das Mehrheitsprinzip ersetzt werden“, so Reichhold abschließend. **mb**

Das vollständige Positionspapier finden Sie unter: www.bwht.de/positionspapiere

Hoffnung für Meisterprämie?

Positive Signale aus der CDU-Landtagsfraktion

Die Beratungen zum nächsten Doppelhaushalt 2020/2021 des Landes werden konkreter, die Landtagsfraktionen positionieren sich und legen ihre Schwerpunkte für die kommenden Jahre fest. Der Baden-Württembergische Handwerkstag (BWHT) setzt sich mit Nachdruck für die Einführung einer Meisterprämie von mindestens 1.500 Euro ein. Diese Förderung sei auf dem Weg zur Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung ein entscheidender Schritt. Die Prämie wäre eine Leistung, die jetzt im Landeshaushalt eingeplant und mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen CDU und Grüne verabschiedet werden müsste. Der richtige Zeitpunkt für die Deutsche Handwerks Zeitung (DHZ), um beim handwerkspolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Thomas Dörflinger MdL, nachzuhaken, wie der letzte Stand in Sachen Meisterprämie ist.

DHZ: Bisher waren die Signale aus der CDU eher verhalten, was eine schnelle Einführung der Prämie angeht. Hat sich das geändert?

Dörflinger: Grundsätzlich ist für uns schon lange klar, dass wir die Meisterausbildung insgesamt attraktiver gestalten wollen. Bisher haben wir darauf gesetzt, dass der Bund aktiv wird, was auch im Koalitionsvertrag vereinbart war. Nachdem in Berlin nun bisher nichts passiert ist, sehen wir, dass wir selbst handeln müssen. Denn wir nehmen das Handwerk und seine Positionen ernst und möchten ein starkes Zeichen der Wertschätzung setzen.

DHZ: Das heißt, die Nachwuchskräfte im Handwerk können sich Hoffnung auf eine Meisterprämie in Baden-Württemberg machen?

Dörflinger: Noch kann ich nichts versprechen, doch wir sind auf einem guten Weg. Konkret bedeutet dies, dass wir mit dem kommenden Doppelhaushalt eine Meisterprämie von 1.500 Euro einführen wollen. Der CDU ist die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung sehr wichtig. Deshalb gehen wir nun bei der Meisterprämie voran. Ich bin zuversichtlich, dass wir dies hinbekommen.

Die DSGVO – Ein Jahr danach

Interview mit dem Landesdatenschutzbeauftragten Stefan Brink

Selten hat eine Verordnung für so große Aufregung gesorgt, wie die EU-Datenschutz-Grundverordnung zu ihrem Start im Mai 2018. Was hat sich seit der Einführung getan? Was haben die Handwerksbetriebe zu erwarten? Der Datenschutzbeauftragte von Baden-Württemberg, Stefan Brink, bezieht im Interview mit der Deutschen Handwerks Zeitung Stellung.

DHZ: Ein Jahr nach dem Inkrafttreten – halten Sie die DSGVO für gelungen?

Stefan Brink: Die Bürgerinnen und Bürger kennen ihre Rechte heute besser und sind auch selbstbewusster geworden. Oftmals gibt es Beschwerden im Bereich Beschäftigten-datenschutz. Da geht es um das Mitlesen der E-Mails der Mitarbeiter durch den Chef oder die Ortung des Firmenfahrzeugs. Die Beschäftigten nehmen das nicht mehr so einfach hin, so geht es auch vielen Bürgerinnen und Bürgern bei unerlaubter Werbung oder Videoüberwachung. Alle sind sensibler geworden.

DHZ: Haben Sie Hoffnung auf eine baldige Nachbesserung der Verordnung?

Brink: Dieser Frage wird im Rahmen einer Evaluierung des Gesetzeswerkes nachgegangen. Dazu wurde eine Unterarbeitsgruppe der Datenschutzkonferenz – unter unserem Vorsitz – eingesetzt.

DHZ: Wie sieht Datenschutz in Deutschland im Vergleich zu anderen EU-Staaten aus?

Brink: Ein wesentliches Ziel der DSGVO ist es, ein einheitliches Recht zu haben, das europaweit gilt und einheitlich vollzogen wird. Leider ist die DSGVO keine Vollregelung. Sie lässt zahlreiche Lücken, deren Ausfüllung sie ausdrücklich den Mitgliedsstaaten der EU überlässt (sogenannte Öffnungsklauseln). Hier nutzte der Bundestag tatsächliche oder vermeintliche Öffnungsklauseln dazu, die Rechte der Betroffenen wo immer möglich weiter einzuschränken.

DHZ: Wie verstehen Sie Ihre Rolle beziehungsweise die Ihrer Behörde?

Brink: Der Beratungsbedarf bei den Bürgern war und ist immens. Neben Tausenden von Einzelberatungen haben wir im Jahr 2018 mehr als 200 Fortbildungsveranstaltungen mit mehr als 20.000 Teilnehmern angeboten. Für das Jahr 2019 werden wieder vermehrt Kontrollen durchführen. **mb**



Landesdatenschutzbeauftragter Dr. Stefan Brink.

Foto: LfDI BW, Jan Potente

DHZ: Wird Ihre Behörde auch gezielt im Internet nach Datenverstößen auf den Homepages der Betriebe suchen?

Brink: Welche Bereiche schwerpunktmäßig kontrolliert werden sollen, werde ich demnächst in einer entsprechenden Pressemitteilung darstellen. Es handelt sich um insgesamt 250 Kontrollmaßnahmen, die die Bereiche öffentliche Sicherheit, Verkehr, Videoüberwachung, Kommunalverwaltung, Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen umfassen. Dazu gehört auch, dass wir eine größere Anzahl an Webseiten (Online-Shops) auf bspw. die Datenweitergabe an Dritte (Tracking) untersuchen werden.

DHZ: Welches sind die häufigsten Fehler im Umgang mit dem Datenschutz?

Brink: Wir bekommen relativ häufig Beschwerden über das Nichteinhalten der Informationspflichten auf Webseiten. Weitere Punkte sind das Erstellen eines Verarbeitungsverzeichnisses sowie eine eventuell notwendige Folgenabschätzung. Ganz allgemein kann man sagen, dass die Voraussetzungen und die praktische Umsetzung des Transparenzgedankens den Unternehmen erhebliche Probleme bereiten. Informations- und Dokumentationspflichten gilt es praxistauglich umzusetzen. Was ebenfalls nicht unterschätzt werden darf, ist die Gefahr von Hackerangriffen. Durch die Meldung von Datenpannen, die auch die Meldung zu der Ursache einer Panne beinhaltet, sehe ich, dass das Sicherheitsniveau bei IT-Systemen durchaus verbessertes ist. Mit dem wirtschaftlichen Schaden geht dabei oft eine Verletzung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung von Dritten einher. **mb**